



# DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# 5

Mai 2019 / 53. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL

## Kriminalität und Sicherheitsgefühl



Seite 5 <

DPoIG-Bundeshaupt-  
vorstand beriet in  
Berlin Erfolgsbilanz

Seite 19 <

Fachteil:

- Verbesserung der Verkehrs-  
sicherheit in Deutschland
- Auch die Würde des Mörders  
ist unantastbar
- Du steckst nicht im Stau –  
Du bist der Stau





# Spitzengespräche zwischen Landesregierung und Gewerkschaften haben einen Kompromissvorschlag ergeben:

## Die DPoIG hat diesem NICHT zugestimmt!

Die Landesregierung hat mit den am runden Tisch vertretenen Gewerkschaften (dbb, DGB, Verdi, GdP, GEW, Christliche und Richterbund) gestern einen Kompromiss verhandelt.

Dieser Vorschlag sieht Folgendes vor:

Bis 2021 soll es eine Besoldungserhöhung von insgesamt 8,1 Prozent geben, allerdings mit zeitlicher Verschiebung, und zwar (in Klammern das ursprüngliche Angebot der Landesregierung)

- > ab 1. August 2019 +3,2 Prozent (ab 1. August 2019 +3,0 Prozent)
- > ab 1. Juni 2020 +3,2 Prozent (ab 1. Juli 2020 +3,1 Prozent)
- > ab 1. April 2021 +1,7 Prozent (ab 1. April 2021 +1,3 Prozent)

Die Beamtenanwärter erhalten in 2019 und 2020 eine Erhöhung von je 50 Euro sowie einen Tag mehr Urlaub ab 2020.

Zusätzlich hat der dbb verhandelt, dass die zweijährige Absenkung der Eingangsbesoldung rückwirkend zum 1. April 2019 beendet wird. Auch hat man sich auf die Erhöhung des Beförderungsbudgets der Poli-

zei verständigt sowie eine Erhöhung im Leistungsverzeichnis der Beihilfe um 30 Prozent.

Wir erkennen zwar die Bemühungen aller Beteiligten, einen Kompromiss zu finden, an. Wir bleiben aber bei der von uns von Anfang an klar formulierten Haltung:

**Wir wollen eine zeitgleiche und systemgerechte Übertragung mit der realen Chance, den Anschluss an andere Bundesländer zu halten!**

Der vorgelegte Kompromiss bedeutet zum Beispiel für eine



> MP Tobias Hans und der Landesvorsitzende diskutieren den Kompromissvorschlag.



> Im Gespräch mit Finanzminister Peter Strobel und dem Vorsitzenden der dbb Jugend

Kollegin in der A 9 (Mehrheit der Polizisten) Stufe 2, dass ab August 2019 brutto circa 81 Euro mehr Gehalt gezahlt werden. Bis dahin verzichtet sie aber auch auf 567 Euro durch

die Verschiebung. Im Jahr 2020 steigt das Gehalt dann um circa 83 Euro und die Verschiebung kostet 418 Euro. Ab 2021 gibts dann 46 Euro mehr bei einer Verschiebung in Höhe von 137 Euro. Somit kostet die Verschiebung die Kollegin insgesamt einmalig circa 1122 Euro. Ihr Gehalt steigt strukturell um rund 210 Euro.

Wir haben als DPoIG den Vorschlag daher abgelehnt. Der Kompromiss kostet aus unserer Sicht durch die Verschiebung gerade die Kollegen im Eingangssamt zu viel und führt nicht zu einer echten Chance, wieder Anschluss an die anderen Bundesländer zu finden.

Die Worte Wertschätzung oder Erfolg kann man nach unserer Ansicht hier sicher nicht als Bezeichnung wählen. Daher lassen wir sie weg.

(Stand: 16. April 2019)

#### Impressum:

Redaktion:  
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)  
Landesgeschäftsstelle:  
Hohenzollernstraße 41  
66117 Saarbrücken  
Telefon: 0681.54552  
Fax: 0681.54553  
www.dpolg-saar.de  
E-Mail:  
info@dpolg-saar.de  
ISSN 0937-4876



# Wir wollen keinen mittleren Dienst (um Geld zu sparen), sondern den Zugang über eine Berufsfachschule für Absolventen mit mittlerer Reife

Die aktuelle Forderung der JU Saarland ist schon bemerkenswert. Grundsätzlich ist es richtig, dass die Bewerberzahlen im Saarland seit Jahren fallen und mittlerweile auf einem traurigen Rekordtief (600) angelangt sind.

Die Forderung, dann den mittleren Dienst neu aufleben zu lassen (weil es billiger ist), ist in vielerlei Hinsicht nicht richtig durchdacht. Wir haben als Gewerkschaft immer klar für Verbesserungen für unsere Kolleg(inn)en gekämpft. So auch in Bezug auf die Laufbahnverbesserung, die zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die Polizei im Saarland geführt hat. Somit haben wir Gehalts- und Statusverbesserungen für die Kolleg(inn)en erreicht.

Leider hat die Überleitung der Polizeibeamten viel zu lange gedauert und sollte eigentlich schon Anfang der 2000er vollzogen sein. Auch hat man die notwendige Weitsicht im Hinblick auf Stellen und Beförderungsbudget nach unserer Auffassung nicht gehabt. Seit ein

paar Jahren ist die zweigeteilte Laufbahn nun tatsächlich umgesetzt und dann soll man einfach mal so die Rolle rückwärts machen? Das passt gar nicht. Die Argumente, dass auch das reiche Bayern 80 Prozent mittleren Dienst einstellt, sind nicht gut recherchiert. Denn **erstens** verdient ein Beamter in Bayern deutliche mehr im gleichen Amt und bekommt noch deutlich höhere Zulagen und Sonderzahlungen. Daneben sind die Beförderungsaussichten und der Aufstieg in den g. D. sehr ordentlich. **Zweitens** **bewerben sich mittlerweile für die Ausbildung im mittleren Dienst in Bayern fast 70 Prozent Abiturienten!**

Wir haben als DPoIG bereits mehrfach auf Möglichkeiten zur Verbesserung der Bewerberzahlen hingewiesen. Hierzu zählt unter anderem die Einführung von **zwei Einstellungsterminen** sowie die Möglichkeit, sich **ganzjährig** bei der Polizei bewerben zu können. Natürlich sind auch finanzielle Anreize wichtig. Wir könnten uns zum Beispiel auch eine **Werbepremie** vorstellen, wenn Bewerber erfolgreich durch Kolleg(inn)en vermittelt werden.

Am sinnvollsten erscheint uns die Lösung, die Rheinland-Pfalz gefunden hat. Wir müssen Menschen, die einen mittleren Bildungsabschluss haben und auch hoch motiviert sind, jedoch im Moment keine Chance auf Einstellung haben, die Möglichkeit eröffnen, zur Polizei zu kommen. Hierzu sollte eine **Berufsfachschule Polizei** eingeführt werden, die die potenziellen Polizeibewerber bereits frühzeitig qualifiziert, um am Ende mit dem notwendigen Fachabitur den Weg in die Polizeiausbildung zu haben.

Die Zugangsvoraussetzungen zu dieser Berufsfachschule sollten denen der Polizei angelehnt werden, sodass eine erfolgreiche Aufnahme an der Schule und der entsprechende Abschluss automatisch die Einstellung in den Polizeidienst bedingen und das Studium an der Fachhochschule für Verwaltung ermöglicht. Das würde die Bewerberzahlen deutlich erhöhen, die Auswahl von potenziellen Polizist(inn)en verbessern und langfristig mehr bewirken, als die Vergangenheit wiederzubeleben. Darüber hinaus fordern wir seit Langem auch eine **Mindestpersonalstärke von 3 000 Stellen für die Polizei**, damit nicht ständig nach Haushaltslage Personalpolitik betrieben wird.

Die politisch Verantwortlichen müssen jetzt zeitnah Entscheidungen treffen, die die Personalmisere beenden. Es wird wohl nicht reichen, in sozialen Netzwerken ein paar Werbeblogs zu schalten oder die Aufkleber auf Dienstfahrzeugen etwas zu vergrößern. Da braucht es etwas mehr! Wir helfen hier gerne ...

Die politisch Verantwortlichen müssen jetzt zeitnah Entscheidungen treffen, die die Personalmisere beenden. Es wird wohl nicht reichen, in sozialen Netzwerken ein paar Werbeblogs zu schalten oder die Aufkleber auf Dienstfahrzeugen etwas zu vergrößern. Da braucht es etwas mehr! Wir helfen hier gerne ...

Die politisch Verantwortlichen müssen jetzt zeitnah Entscheidungen treffen, die die Personalmisere beenden. Es wird wohl nicht reichen, in sozialen Netzwerken ein paar Werbeblogs zu schalten oder die Aufkleber auf Dienstfahrzeugen etwas zu vergrößern. Da braucht es etwas mehr! Wir helfen hier gerne ...

## Profivereine sollen zahlen – DPoIG fordert Fonds für Polizeikosten infolge von Hochrisikospielen

Wir unterstützen den Innenminister Bouillon sowie die Wirtschaftsministerin Rehlinger bei der Forderung nach Beteiligung des Profifußballs (DFL) an den Mehrkosten, die aufgrund von enormem Mehraufwand für die Sicherung von Hochrisikospielen im Fußball regelmäßig entstehen.

Die aktuelle Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts

(29. März 2019), dass Länder die DFL grundsätzlich für Kos-

ten im Rahmen von Polizeieinsätzen heranziehen können, hat unsere Forderung als DPoIG klar bestätigt. Das Land Bremen hat als einziges (!) seit ein paar Jahren eine klare Linie verfolgt und Mehrkosten für Fußballgroßveranstaltungen der DFL in Rechnung gestellt. Diese hat beharrlich eine Zahlung verweigert und auf die

allgemeine Zuständigkeit der Polizei zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verwiesen. Durch die nun ergangene Entscheidung sind wir in der Frage, ob grundsätzlich Kosten in Rechnung gestellt werden können, deutlich weiter. Das Oberverwaltungsgericht in Bremen muss sich der Sache nochmals widmen.



### Unser Landesvorsitzender hierzu:

„Es kann nicht sein, dass dort, wo Millionen verdient werden, ausschließlich vonseiten des Steuerzahlers die Kosten für Sicherheit bei Hochrisikospielel getragen werden.“

Der Berg an Überstunden für unsere Kollegen wächst stetig. Die Bezahlung ist da im Vergleich eher mäßig und die steigende Aggressivität gegenüber von Einsatzkräften oftmals erschreckend.

Wir fordern daher nicht nur eine solidarische Fondslösung, bei der die großen Vereine über die DFL Gelder an die Länder zahlen, sondern auch eine **Umlegung dieser Einnahmen auf den Polizeibereich.**

Somit könnten finanzielle Verbesserungen gerade für unsere Kolleg(inn)en, die den Kopf halten müssen, ermöglicht werden. Gerade ein Haushaltsnotlageland wie das Saarland sollte davon profitieren. Dabei haben wir gerade nicht die kleinen

Vereine im Blick, sondern die, die in diesem Geschäft am meisten verdienen. Das Hochstilisieren des Themas auf alle möglichen Veranstaltungen, die dann künftig die Veranstalter Geld kosten würden (zum Beispiel Fastnacht oder Dorffeste) wie es unser Mitbewerber GdP als eine Art „Horrorszenario“ ablehnt, ist hier total daneben. Keiner hat von solchen Veranstaltungen gesprochen. Auch darf man nicht vergessen, dass es hier um Gebührenbescheide (Polizeikosten) geht. Außerdem

sind die Gerichte diejenigen, die jetzt entscheiden. Das nennt man dann rechtsstaatlich und wir dürfen daher auf eine wohlüberlegte und gesetzeskonforme Lösung hoffen. Auch wenn das dem ein oder anderen nicht gefällt. Im Übrigen gibt es auch in den Reihen der Polizei viele Fußballfans, aber auch eine klare Einsicht, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher. Das wissen vor allem diejenigen, die bei solchen Veranstaltungen regelmäßig Dienst verrichten!“ ■

## Im Gespräch mit LPP Norbert Rupp

Bei einem Treffen mit dem Landespolizeipräsidenten wurden aktuelle Themen aus dem Bereich der Polizei diskutiert.

Wir haben die regelmäßige Gelegenheit zum Austausch mit LPP Norbert Rupp auch diesmal wieder genutzt, um mit Fragen und Anregungen zu Entscheidungen der Behördenleitung Stellung zu nehmen. Hierbei haben wir erneut auf die Notwendigkeit von besonderen Schulungen für Führungskräfte hingewiesen. Diese sollten sehr früh vor/mit Übernahme einer Führungsaufgabe angeboten werden. Gerade viele junge Führungskräfte hätten hier Bedarf

und fänden mehr Handlungssicherheit mit entsprechenden Fortbildungsangeboten. Es wurde ebenso auf die tragischen Unfälle der vergangenen Wochen mit Beteiligung von Kollegen sowie über schwerstkranken Kolleg(inn)en gesprochen. Wir als DPoIG haben nochmals auf die Möglichkeiten der DPoIG-Stiftung in diesem Zusammenhang hingewiesen. Der Polizeipräsident nahm diesen Hinweis dankbar auf und man war sich einig, dass mit dem Polizeihilfs-



> Landespolizeipräsident Rupp mit Landesvorsitzendem Alles im Gespräch

fonds, der Seelsorge und der Stiftung viele gute Angebote für unsere Kollegen in schwierigen Situationen vorhanden sind. Als ein weiteres Thema wurde über die Situation mit der Buchung des Rosenmontags in der Zeiterfassung sowie die aus unserer Sicht zu niedrigen

Kappungsgrenzen bei Überstunden gesprochen. Hier gibt es viel Verärgerung im Kollegenkreis und wir haben daher ein Gespräch mit LPP 30 hierzu abgeprochen.

Wir werden auch weiter im Gespräch bleiben ... eure DPoIG! ■

## Beihilfe muss angepasst werden – KDP ist ungerecht!

In einem Schreiben an das Innenministerium haben wir auf folgende Missstände hingewiesen:

Spätestens seit 2018 gibt es in der Beihilfe im Saarland eine deutliche Schieflage. Mittlerweile müssen unsere Kollegen und Kolleginnen regelmäßig

unter anderem bei Leistungen der Physiotherapie draufzahlen, weil die Beihilfesätze seit Jahren unverändert sind und sogar öffentliche Krankenkassen, wie

die AOK, bereits seit längerem höhere Erstattungsbeträge bei Behandlungen zahlen.

Beispielsweise wird Kollegen, die eine manuelle Lymphdrainage bekommen eine Erstattung durch die Beihilfe im Saarland von rund 39 Euro

gewährt. Die Kostensätze der Therapeuten liegen deutlich höher. Die Vergütungsvereinbarung durch die AOK liegt bei fast 45 Euro. Somit zahlen unsere Kollegen bei vielen Leistungen im Vergleich zur gesetzlichen Krankenversicherung noch drauf. Bei einer ▶



verschriebenen Massage kommen dann bei einem Rezept (zehn Anwendungen) schnell mal über 50 Euro zusammen.

Wir fordern daher, die Leistungssätze der Beihilfe zumindest den mittlerweile geltenden Kostensätzen anzupassen, die andere Krankenkassen üblicherweise zahlen.

Es darf nicht sein, dass unsere Kollegen und Kolleginnen noch zusätzlich finanziell belastet werden.

Dabei möchten wir auch deutlich machen, dass die Kosten-

dämpfungspauschale (KDP) aus unserer Sicht ungerecht ist. Eine Kollegin in der Besoldungsgruppe A 9 muss die gleiche KDP zahlen wie jemand in der A 11. Dabei liegen hier gut 500 Euro Gehaltsdifferenz zwischen den beiden. Dies setzt sich in den Besoldungsgruppen dann weiter fort.

Eine ersatzlose Abschaffung der KDP würden wir zwar sehr begrüßen. Zumindest wäre eine gerechtere Verteilung der Kostensätze, die vor allem die tieferen Gehaltsgruppen weniger stark trifft, in einem ersten Schritt dringend geboten. ■

## > Osteraktion 2019

### Aufgrund der aktuellen Umstände spenden wir an die DPoIG-Stiftung

Leider waren die ersten Monate in diesem Jahr aus polizeilicher Sicht nicht besonders positiv. Im Februar verstarb eine Kollegin bei einem tragischen Verkehrsunfall. Daneben betrauern wir auch Kolleg(inn)en, die uns aufgrund schwerer Krankheiten leider viel zu früh verlassen haben. Auch die hohe Zahl an Widerständen und dabei verletzten Kolleg(inn)en zeigt uns immer wieder, dass wir einen besonderen Beruf haben, der eben nicht einfach ist. Dabei müssen unsere Kollegen viel körperlich, aber auch psychisch aushalten. Das ist nicht immer einfach und bleibt nicht „in den Kleidern“ hängen. Oftmals werden negative Erlebnisse mit nach Hause genommen. Die DPoIG hat das schon vor vielen Jahren zum Anlass genommen, den Kollegen eine Möglichkeit zum Abschalten, „Runter-kommen“ oder einfach zur Luftveränderung zu bieten. Mit der DPoIG-Stiftung und ihren Häusern in Bayern können Kollegen ganz im Sinne von „auch Helfer brauchen Hilfe“ abschalten und ihrer Seele etwas Gutes tun. Gerade im vergangenen Jahr wurde das Stiftungsgelände um einen Naturpfad erweitert, der hier noch mehr helfen soll, negative Erlebnisse zu verarbeiten. Schön ist auch, dass das Angebot sich auch an Nichtmitglieder der DPoIG richtet.

Wir werden anstelle von Osterhasen/Eiern dieses Jahr der Stiftung eine Spende machen, da wir überzeugt sind, dass die Arbeit dort wichtig und richtig ist und unseren Kollegen sehr helfen kann.

**Solltet auch ihr spenden wollen, dann nutzt die Gelegenheit.**

#### Bankverbindung:

**DPoIG Stiftung**

**Sparda Bank München eG**

**Verwendungszweck: Osteraktion der DPoIG Saar**

**IBAN: DE70 7009 0500 0001 9999 90**

**BIC: GENODEF1S04**



© DPoIG Stiftung

## > Steigerklausur 2.0 – DPoIG spendet

Nachdem aufgrund der Erweiterung der PI Völklingen klar war, dass im Hinterhof die berühmte Steigerklausur dem Abriss zum Opfer fallen wird, hat man eine neue Räumlichkeit gefunden. Da diese noch mit viel persönlichem Einsatz in Schuss gebracht werden musste, haben wir uns direkt bereit erklärt zu helfen.

Unser Kollege Benjamin Koelbl durfte der Überbringer der guten Nachricht sein und die Kolleg(inn)en der PI Völklingen konnten sich nicht nur über einen Materialkostenzuschuss, sondern auch über eine schicke neue Funkuhr freuen. Danke allen, die das Projekt Steigerklausur 2.0 unterstützt haben. Das ist Kollegialität!



© DPoIG

> Benjamin Koelbl (Mitte) mit Kollegen der PI Völklingen

## > +++ Hinweis in eigener Sache +++

**Aktualisierung eurer Daten:**

Wie immer im Leben, wenn sich was ändert, ändert sich was ...

- > Wohnortwechsel,
- > Bankdatenwechsel,
- > Namensänderung,
- > Beförderung/Höhergruppierung,
- > Änderung im Beschäftigungsverhältnis (Teilzeit/Elternzeit).

Bitte formlos per Mail an unsere Geschäftsstelle melden. Das spart uns und euch Ärger. Danke vorab!

**Info@dpolg-saar.de**

Die aktuelle Beitragstabelle ist auf unserer Homepage zu finden. Weitere Infos zu Besoldung und Entgeltregelungen findet ihr auch unter [www.dbb-saar.de](http://www.dbb-saar.de).

## > Geburtstage im Mai

Wir gratulieren recht herzlich:

- Walle N. (67)
- Fries H.-D. (60)
- Spanier R. (65)
- Andres J. (67)
- Wilhelm K.-H. (66)
- Dietz A. (61)
- Klüsener D. (62)

Wir wünschen euch viel Glück und vor allem Gesundheit für das neue Lebensjahr.

© pixabay